

Stand: 07.05.2026 05:41:33

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/21543

"Prekäre Beschäftigung in bayerischen Kitas beenden - mehr Sicherheit für die Beschäftigten schaffen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/21543 vom 09.04.2018
2. Beschluss des Plenums 17/21645 vom 10.04.2018
3. Plenarprotokoll Nr. 129 vom 10.04.2018



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann, Angelika Weikert, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Susann Biedefeld** und **Fraktion (SPD)**

Prekäre Beschäftigung in bayerischen Kitas beenden – mehr Sicherheit für die Beschäftigten schaffen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die nötigen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse in bayerischen Kindertageseinrichtungen zu beenden und für mehr Planungssicherheit bei den Beschäftigten zu sorgen.

Hierfür wird der empfohlene Anstellungsschlüssel in bayerischen Kindertageseinrichtungen im § 17 Abs. 1 (AVBayKiBiG) auf 1:8 angehoben. Mit einer Vergrößerung des Korridors zwischen dem derzeit gesetzlichen Mindestanstellungsschlüssel und dem dann empfohlenen Anstellungsschlüssel wird für Spielräume bei der Personalplanung in den Kindertageseinrichtungen gesorgt und Buchungsschwankungen können abgedeckt werden, ohne Personalstunden reduzieren zu müssen.

Um das Berufsfeld insgesamt attraktiver zu machen, sind weitere Maßnahmen überfällig – von besseren Rahmenbedingungen in Ausbildung und Arbeitsalltag bis hin zu einer Aufwertung des Berufsbilds an sich.

Begründung:

Laut Ländermonitor „Frühkindliche Bildungssysteme“ der Bertelsmann Stiftung arbeiten in bayerischen Kitas rund 20 Prozent aller Beschäftigten in befristeten Arbeitsverhältnissen, bei Fachkräften unter 30 Jahren sind es sogar ein Drittel. Beschäftigung in Vollzeit sind zudem für Erzieherinnen bzw. Erzieher sowie Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger immer häufiger ein Fremdwort, denn knapp 60 Prozent von ihnen erhalten lediglich Teilzeitverträge (2006: 49 Prozent). Bei pädagogisch Tätigen, die seit 2006 ins Berufsfeld eingestiegen sind, liegt der Anteil sogar bei 71,5 Prozent. In vielen Fällen entspricht eine Teilzeit-

beschäftigung den Wünschen der Beschäftigten, beispielsweise zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder als Teil eines persönlichen alters- und belastungsangepassten Arbeitsmodells. Im Großteil der Fälle handelt es sich aber nicht um die gewünschte Beschäftigungsform.

Schuld daran sind oftmals Engpässe bei der flexiblen Personalplanung in den Kindertageseinrichtungen: Werden Betreuungsstunden der Kinder reduziert oder erhöht, müssen nach den gesetzlichen Regelungen auch die Personalstunden reduziert bzw. erhöht werden. Diese Koppelung ist an sich sinnvoll, um bedarfsgerecht auf die jeweilige Betreuungssituation vor Ort zu reagieren. In der Praxis führt sie allerdings bei den Beschäftigten zu schwankenden Arbeitsstunden, damit verbunden Gehaltseinbußen oder im schlechtesten Fall zur Kündigung. Erzieherinnen und Erzieher oder Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger haben somit keinerlei Planungssicherheit hinsichtlich ihrer Arbeitszeiten, ihres Einkommens und ihrer längerfristigen beruflichen Zukunft bei einer Einrichtung und unterliegen ständigen Schwankungen in ihren Arbeitsverhältnissen. Dies wirkt sich nicht nur negativ auf die Erwerbssituation aus, sondern auch auf die private Lebensplanung. Kein Wunder, dass viele Frauen und Männer dem Berufsfeld fernbleiben und lieber in anderen Bereichen arbeiten.

Da ohnehin bereits heute ein massiver Fachkräftmangel im frühkindlichen Bildungsbereich herrscht und auch das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales erkannt hat, dass „die hohe Zahl an Teilzeitverträgen und befristeten Arbeitsverhältnissen sehr bedenklich“ ist, müssen die Rahmenbedingungen dringend angepasst werden. Nötig sind hierfür unter anderem mehr Spielräume, um personelle Schwankungen in den Kindertageseinrichtungen auffangen zu können. Da der empfohlene Anstellungsschlüssel – anders als der förderrelevante Schlüssel – seit der Verabschiedung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) im Jahr 2005 unverändert bei 1:10 blieb, ist hier eine Anpassung überfällig, um den Akteuren vor Ort besser unter die Arme zu greifen.

Nur so werden dringend notwendige Spielräume hinsichtlich der Personalsituation und vor allem hinsichtlich der staatlichen Refinanzierung geschaffen. Die Einrichtungen werden durch eine Öffnung des personellen Korridors entlastet, können qualifiziertes Kita-Personal binden und für sichere Arbeitsverhältnisse sorgen. Davon profitieren nicht nur die Träger und Beschäftigten, sondern vor allem auch die betreuten Kinder, die durch stabile Bezugspersonen in den Einrichtungen ein gutes Umfeld für ihr Aufwachsen vorfinden.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann, Angelika Weikert, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Susann Biedefeld** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/21543

Prekäre Beschäftigung in bayerischen Kitas beenden – mehr Sicherheit für die Beschäftigten schaffen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Doris Rauscher

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Christine Kamm

Abg. Steffen Vogel

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth u. a. und Fraktion (SPD)

Prekäre Beschäftigung in bayerischen Kitas beenden - mehr Sicherheit für die Beschäftigten schaffen! (Drs. 17/21543)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fachkräftemangel bekämpfen - Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher verbessern (Drs. 17/21560)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Rauscher von der SPD. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Frau Ministerin, Kolleginnen und Kollegen! "Richtig gut! – Richtig etwas wert!" – Das ist einer der Slogans, die heute auf den Bannern in den Straßen Münchens beim Streik des Kita-Personals zu lesen waren. Wir, die SPD, möchten das unterstützen. Unsere Kitas leisten wirklich eine tolle Arbeit, und das Personal ist mit Herzblut bei der Sache. Genau deshalb ist es überfällig, für die Mitarbeiter in den Kitas wirklich gute Arbeitsbedingungen zu schaffen. Prekäre Beschäftigungen, prekäre Situationen an bayerischen Kitas müssen auf jeden Fall beendet werden. Leider ist es in unseren bayerischen Kitas so weit gekommen. In dem nach der Ursprungsfamilie vielleicht wichtigsten, weil grundlegenden Bildungsbereich, in unseren Kitas, greift nämlich zunehmend die Jobunsicherheit um sich. Rund 20 % aller pädagogischen Fachkräfte in den Kitas haben nur einen befristeten Vertrag. Bei Berufseinsteigern und im ersten Teil der beruflichen Laufbahn, also circa bis zum 30. Lebensjahr, betrifft das sogar jeden Dritten. 60 % des Kita-Personals haben nur noch einen Teilzeitvertrag. Das ist deutlich mehr als vor 10 Jahren. Wer seither in diesen Beruf eingestiegen ist, der hat nach der Bertelsmann Stiftung sogar

in 70 % der Fälle einen Teilzeitjob. Diesen Status quo kann man leider nur als prekäre Beschäftigung bezeichnen.

(Beifall bei der SPD)

Die Teilzeitverträge sind zum großen Teil nicht freiwillig vereinbart worden. Das Ganze ist leider hausgemacht und wird durch Förderrichtlinien des Freistaats unterstützt bzw. gewollt. Ich kenne kein Arbeitsfeld, in dem Stunden gekürzt werden, wenn die Anzahl der Klienten Schwankungen ausgesetzt ist. Wenn das aber in unseren bayerischen Kitas so ist, dann liegt das nicht an den Kita-Trägern oder den Kommunen, im Gegenteil: Manche unterstützen ihre Kitas sogar über den eigenen Pflichtteil hinaus. Schuld ist vielmehr die aktuelle Fördersystematik im BayKiBiG und die fehlende Flexibilität bei der Finanzierung des Kita-Personals. Personalstunden sind, wie Sie wissen, durch die kindbezogene Förderung an die Buchungsstunden der Kinder gekoppelt. Das ist eine theoretisch gerechte und sinnvolle Idee, und vielleicht gar nicht einmal ein so schlechter Ansatz. Sind mehr Kinder in der Einrichtung, werden mehr Betreuungsstunden gebucht, dann werden mehr Personalstunden gebraucht, um die Kinder gut betreuen zu können – so weit die Theorie. Wenn Eltern aber weniger Betreuungsstunden buchen, zum Beispiel weil sich die eigenen Arbeitszeiten verändert haben, oder die Stundenzahl sinkt, weil Kinder wegziehen, vielleicht auch weil Flüchtlingskinder die Einrichtung kurzfristig verlassen müssen oder wenn die Einrichtung zu Beginn des Kita-Jahres noch nicht zu 100 % ausgelastet ist, dann hat das zur Folge, dass auch die Personalstunden gekürzt werden müssen. Wenn ein Träger dann auf einen leicht besseren Schlüssel abrutscht als das nach dem empfohlenen Anstellungsschlüssel von 1 : 10 vorgesehen ist, dann bekommt er diese Stunden nicht refinanziert. Es gibt keine Refinanzierung zum Ausgleich von Personalschwankungen. Das können sich aber vor allem kleinere Kita-Träger nicht leisten. Deshalb werden Erzieher zum Personalgespräch gebeten, der Arbeitsvertrag wird angepasst. Je nach Schwankung der Buchungszeiten wird im schlimmsten Fall sogar gekündigt.

Kolleginnen und Kollegen, jetzt auf die Fördergerechtigkeit zu verweisen, wäre zu kurz gesprungen. Es passiert nämlich relativ schnell, dass der schmale Korridor von 1 : 11 zu 1 : 10 unterschritten wird, dass es also im positiven Sinne zu viele Personalstunden im jeweiligen Hause gibt. Da brauchen bei 10 bis 20 % der anwesenden Kinder nur Buchungsschwankungen aufzutreten, da müssen nur ein oder zwei Kinder die Einrichtung verlassen oder die Plätze werden nicht sofort nachbesetzt, schon wird der empfohlene Anstellungsschlüssel unterschritten.

(Ingrid Heckner (CSU): Das ist das richtige Wort: empfohlen!)

– Der empfohlene und somit refinanzierte Anstellungsschlüssel ist der Knackpunkt, Frau Kollegin. Wenn ein Träger sich für einen Anstellungsschlüssel von 1 : 8 oder 1 : 7 entscheiden dürfte, würde jede Erzieherin, würde jede Kita-Leitung in die Luft springen. Das ist kein Thema. Allerdings müssten schon viele Kinder fehlen, um diesen Anstellungsschlüssel zu erreichen. Das Problem ist aber die Refinanzierung. Genau darauf will ich hinaus. Deshalb lautet das Ziel dieses Dringlichkeitsantrags: Abschaffung prekärer Arbeitsverhältnisse. In der Realität werden die Mitarbeiter nämlich zum Gespräch gebeten, und es schwebt permanent dieses unsichtbare Damoklesschwert über ihnen; denn brechen die Buchungsstunden ein, bedeutet das eine Kürzung im Arbeitsvertrag. Dann haben die pädagogischen Fachkräfte keine Planungssicherheit mehr, weder beruflich noch privat. Sie sprechen immer vom Fachkräftemangel. Genau diese Situation trägt nicht gerade zur Motivation bei, diesen Beruf zu ergreifen. Die Leute wissen nicht, ob sie nach einer fünfjährigen Ausbildung eine Vollzeitstelle bekommen und vor allem behalten können.

Deswegen bitte ich um Unterstützung dieses Dringlichkeitsantrags. Wir wollen den Korridor zwischen dem gesetzlich verpflichtenden Mindestanstellungsschlüssel von 1 : 11 zu dem jetzt empfohlenen von 1 : 10 etwas weiten. Unser Ziel ist ein empfohlener Anstellungsschlüssel von 1 : 8, sodass die Träger die Möglichkeit haben, diese Personalschwankungen zumindest vorübergehend auszugleichen. Wir sprechen hier nicht von mehr Köpfen, sondern von einer halben bis maximal einer Stelle. Darum

geht es in diesem Antrag. Wir wollen prekäre Arbeitsverhältnisse abschaffen und den Korridor um 2,0 von 1 : 10 auf 1 : 8 öffnen, um Schwankungen aufzufangen und Kontinuität in der Betreuung der Kinder zu erreichen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Ende.

Doris Rauscher (SPD): Ja. – Jede Stundenreduzierung und die Ausstellung festen Personals führt dazu, dass den Kindern Betreuungspersonal entzogen wird.

(Beifall bei der SPD)

Es spricht nichts dagegen, diesem Antrag zuzustimmen. Lassen Sie Ihren Worten auch Taten folgen. Dem Nachzieher der GRÜNEN stimmen wir von der Stoßrichtung her zu.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir begrüßen die Initiative, prekäre Beschäftigung an den Kitas zu beenden und die Planungssicherheit der Betreiber zu erhöhen. Wo liegt das Problem? – Die sehr starke Ausweitung der befristeten Verträge und der Teilzeitverträge in bayerischen Kitas begann mit der Einführung der kindbezogenen Förderung im BayKiBiG, sodass die Förderung der Einrichtungen von den recht flexibel änderbaren Buchungszeiten abhängig ist.

Diese Art der Finanzierung der Kitas im BayKiBiG ist für die starken Schwankungen der den Kitas zur Verfügung stehenden Mittel verantwortlich und führt zu erheblichen Planungsunsicherheiten bei den Trägern. Dies muss bei einigen Trägern dazu führen, dass sie die Risiken in Form von befristeten Verträgen oder Teilzeitverträgen an die Beschäftigten weitergeben. Viele Arbeitsverträge der Erzieherinnen sind seit der Ein-

führung des BayKiBiG prekär geworden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein Skandal, den wir endlich beenden müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Kollegin Rauscher hat schon erwähnt, dass laut Bertelsmann Länderreport im Jahr 2016 in Bayern 19 % des Personals nur befristet angestellt waren. Bei den Angestellten unter 30 Jahren bekamen 31 % befristete Anstellungsverträge. Nur 40 % der Beschäftigten konnten in Vollzeit arbeiten, obwohl der Anteil derjenigen, die in Vollzeit arbeiten wollen, deutlich höher ist. Ich habe mich darüber in Gesprächen informiert.

1998 arbeiteten noch 61 % der Erzieherinnen in Vollzeit, weil sie dies wollten. Jetzt sind es nur noch 40 %. Diese Situation bei den Arbeitsplätzen führt tatsächlich dazu, dass sich junge Menschen, die gern Erzieher oder Erzieherin werden wollen, doch lieber für einen anderen Beruf entscheiden, zumal die tariflichen Entlohnungssysteme angesichts der Verantwortung, der Arbeitszeit und der Ausbildung auch nicht gerade besonders attraktiv sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Unsicherheit bei den Trägern, die diese häufig an die Bediensteten in Form von Teilzeitverträgen oder eben befristeten Anstellungsverhältnissen weiterreichen, muss unbedingt beendet werden, und das relativ schnell. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, anstatt hier anzusetzen, nehmen Sie lieber den Mangel an Erziehern zum Anlass, an den viel zu hohen Anstellungsschlüsseln zulasten der Betreuungsqualität und zulasten der Arbeitsbedingungen der Erzieherinnen und Erzieher festzuhalten. Das ist doch absurd. Hier beißt sich die Katze in den Schwanz.

Um diesem Teufelskreis endlich zu enttrinnen, müssen das Fördersystem verbessert und die Risiken der Träger abgedeckt werden. Der Antrag der SPD ist dazu ein erster Schritt. Wir werden ihm daher zustimmen. Wir wollen auch eine Verbesserung der förderrelevanten Anstellungsschlüssel bei Kitas und bei U3-Einrichtungen sowie eine

Entlastung der Kita-Leitungen für die wichtigen Aufgaben der Elternarbeit und der Koordinierung der Planung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, es ist Zeit für einen Neuanfang, für eine bessere Finanzierung unserer Kitas, für eine Reduzierung der Trägerrisiken und für eine Verbesserung der Arbeitssituation unserer Erzieherinnen. Unsere Erzieherinnen haben das verdient. Frau Ministerin, ich glaube, das ist ein wichtiges Thema, dessen Sie sich sicherlich gern annehmen werden. Wir arbeiten sehr gern an der Verbesserung der Finanzierung unserer Kitas mit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Vogel.

Steffen Vogel (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Selbstverständlich sind Kinder das Wichtigste, was eine Gesellschaft hat. Vollkommen klar ist, dass es unser Auftrag ist, die Kinder mit den bestmöglichen Voraussetzungen ins Leben zu begleiten. Dazu gehören gute, ja beste Betreuungsrahmenbedingungen. Das ist völlig klar.

Uns liegt heute ein Antrag der SPD-Fraktion auf Absenkung des empfohlenen Anstellungsschlüssels vor. Die Frage lautet, ob diese Absenkung des Schlüssels auf 1 : 8 den Kindern in den Tagesstätten und dem Personal tatsächlich hilft. Frau Rauscher, als Argument für diesen Antrag haben Sie und die SPD-Fraktion angegeben, dass wir eine sehr hohe Anzahl von Befristungen haben. Sie haben außerdem den hohen Anteil von Teilzeitbeschäftigungen genannt.

Die Frage, ob wir ein bayerisches oder ein bundesweites Problem haben, haben Sie nicht vollständig dargestellt. Das ist aber das Recht der Opposition. Ich habe eine Mappe mit den Länderreporten dabei. Ich habe sie gelesen. Natürlich kann man sagen, es ist zu viel, wenn 31 % der Angestellten unter 30 Jahren befristet beschäftigt

sind. Ich stelle aber fest: Das ist genau der bundesweite Schnitt. Unser Schnitt in Bayern bedeutet mit 31 % keine dramatische Situation, sondern liegt genau im bundesweiten Trend. Damit liegen wir mit Hessen auf einer Linie.

Sie haben angesprochen, dass in Bayern nur 40,4 % der Menschen in Vollzeit beschäftigt sind. In Hessen sind es 38,6 und in Brandenburg 19 %. Der deutschlandweite Schnitt liegt genau bei 40,4 %. Ich sage nicht, dass wir damit zu keiner Handlung gezwungen wären. Ich sage nur, dass die Situation in Bayern keine ist, die im Vergleich zu anderen Bundesländern besonders dramatisch wäre. Sie entspricht vielmehr exakt dem Bundesdurchschnitt.

Jetzt ist die Frage: Woran liegt das? – Wenn ich heute einen normalen mittleren Bildungsabschluss mache und dann auf die Fachakademie gehe, habe ich eine fünfjährige Ausbildung. Das heißt, wenn ich fertig bin und in den Arbeitsmarkt einsteigen will, bin ich Mitte 20, zwischen 20 und 30. Diese jungen Leute fangen dann das erste Mal an zu arbeiten. Zum einen besteht Bedarf, aber junge Arbeitnehmer werden – das erleben wir, das wird kritisiert und die Große Koalition hat deshalb vor, beispielsweise die Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung von zwei auf eineinhalb Jahre zu verkürzen – dann oftmals befristet übernommen. Das Zweite ist, dass wir viele junge Erzieherinnen und Erzieher, einen unglaublichen Aufbau hatten. Wir haben 80 % mehr Personal in den Kindertagesstätten als 2005; auch das wird verkannt. Wir hatten noch nie mehr Personal in den Kindertagesstätten und noch nie eine bessere Kind-Erzieherinnen-Relation als heute.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Was passiert? – Den Beruf ergreifen Menschen, die Kinder lieben. Logischerweise kann es dann sein oder es ist so, dass sie auch selbst Kinder haben, und in dem Moment brauchen sie immer eine eigene Betreuung für die Kinder. Dann folgt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, und auch deshalb kommt es zu Teilzeitbeschäftigungen.

Das Nächste ist die besondere Struktur Bayerns. Über 40 % der Einrichtungen in Bayern haben weniger als 45 Kinder. Das heißt, wir haben sehr viele Einrichtungen, die klein sind – eingruppige, zweigruppige. Andere Bundesländer haben eine andere Struktur. NRW hat zum Beispiel 32 % unter 45.

Wozu führt das? – Wenn ich kleine Einrichtungen habe und es fällt Personal aus oder das Personal hat selbst ein Kind und möchte nur noch Teilzeit arbeiten, dann ist das viel schwieriger zu kompensieren als in einer großen Einrichtung. Wenn ich beispielsweise einen eingruppigen Kindergarten mit 19 Kindern habe,

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

dann habe ich zwei Kräfte. Wenn eine Kraft davon selbst ein Kind bekommt und nur noch halbtags arbeiten will, dann habe ich ein Problem. Das ist jetzt eine Frage der Struktur. Wir stehen zu unseren Landkindergärten und zu den kleinen Einrichtungen. Wir wollen keine Zentralisierung. Um der besonderen Situation der kleineren Einrichtungen gerecht zu werden, haben wir die Landkindergartenregelung eingeführt.

Was hilft der empfohlene Anstellungsschlüssel? – Frau Rauscher, sehen Sie es mir nach: Ich glaube, Sie haben nicht verstanden, warum der empfohlene Anstellungsschlüssel – –

(Zuruf der Abgeordneten Doris Rauscher (SPD))

– Nein, wirklich nicht.

(Zurufe der Abgeordneten Doris Rauscher (SPD) und Isabell Zacharias (SPD))

Der empfohlene Anstellungsschlüssel ist ein reiner Richtwert. Er hat überhaupt keine Auswirkungen auf die finanzielle Situation der Tagesstätte. Wenn wir heute beschließen würden, den empfohlenen Anstellungsschlüssel auf 1 : 7 zu senken, würde das keinen Euro mehr für die Kindertagesstätte bedeuten. Sie hätte keine Stelle mehr, sie hätte gar nichts mehr. Die entscheidende Grundlage für die finanzielle Ausstattung

einer Kindertagesstätte ist der Basiswert. Das hat mit dem empfohlenen Anstellungsschlüssel überhaupt nichts zu tun. Selbst jetzt besteht die Möglichkeit für Kindertagesstätten zu sagen: Wir legen großen Wert auf beste Bildung, wir wollen ein hohes Kind-Betreuungsverhältnis, und wir stellen deshalb weitere Erzieherinnen und Erzieher ein.

Der empfohlene Anstellungsschlüssel liegt übrigens bei 1 : 10, der bayernweite Schnitt bei 1 : 9,12. Der bayernweite Schnitt beim Anstellungsschlüssel ist 1 : 9,12.

(Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Der Schnitt liegt deutlich unter dem empfohlenen Anstellungsschlüssel von 1 : 10. Ich kann bei dem, was Sie sagen, nämlich dass der empfohlene Anstellungsschlüssel praktisch dazu führen würde, dass wir keine prekären Beschäftigungsverhältnisse und keine Befristungen mehr und weniger Teilzeit hätten, den Zusammenhang nicht herstellen.

Sie haben den Eindruck erweckt, die Senkung des empfohlenen Anstellungsschlüssels würde zu einem größeren Spielraum für den Träger führen. Das ist nicht der Fall. Der Träger hat heute bereits vollkommene Freiheit. Was dem Träger hilft, ist eine Defizitvereinbarung. Eine Kommune kann sagen: Okay, weil wir gutes Personal halten wollen und weil wir diese Schwankungen – die Sie vorhin beschrieben haben – eben nicht wollen, übernehmen wir ein Defizit, das am Ende des Jahres auftritt. Das heißt, eine Maßnahme, um den Trägern zu helfen, ist die Übernahme des Defizits.

Die weitere Maßnahme, die wir als CSU-Fraktion zu den Schwankungen ergriffen haben, ist die Berechnung des Mittelwertes. Bisher hat man die Förderung verloren, wenn man über 1 : 11 kam. Was hat man jetzt gemacht? – Eine Kindertagesstätte hat Personal auf 1 : 10,4 oder 1 : 10,3 beschäftigt, eine Erzieherin oder ein Erzieher fällt aus und plötzlich rutschen sie über 1 : 11. Was haben wir gesagt? – Nicht mehr die vorübergehende Überschreitung von 1 : 11 ist förderschädlich, sondern im Schnitt braucht man praktisch einen besseren Anstellungsschlüssel als 1 : 11, damit man

diese Umbuchungen nicht mehr hat. Das haben wir gemacht. Daraus entsteht ein konkreter Nutzen, um weniger Schwankungen zu haben.

Das Dritte und das letztlich alles Entscheidende: Die Kindertagesstätten brauchen genug Mittel, damit sie nicht hoch- und runterbuchen müssen.

(Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Für uns war deshalb die Entscheidung: Qualität vor Kostenfreiheit. Wir haben den Beschluss, dass man im vorletzten Kindergartenjahr mit 50 Euro einsteigt, rückgängig gemacht und das Geld den Kindertagesstätten zur Verfügung gestellt. Das waren 126 Millionen Euro. Sie sehen auch, wozu das geführt hat: Der Basiswert lag bei Einführung des BayKiBiG bei 767 Euro, jetzt liegen wir bei 1.200. Wir haben in zehn, elf Jahren eine Steigerung von 56 %. Sie stimmen mir doch zu, wenn ich sage, dass die Inflationsrate innerhalb der letzten zehn oder elf Jahren nicht bei 56 % gelegen hat?

Die Betriebskosten, die der Freistaat Bayern den Kommunen für die Kindertagesstätten zur Verfügung stellt, betragen am Anfang 613 Millionen, mittlerweile sind es 1,5 Milliarden – Steigerung: 147 %. Der Freistaat Bayern gibt heute als Betriebskostenzuschuss für die Kindertagesstätten 1,5 Milliarden aus, das sind 146 % mehr als im Jahr 2006. Auch da hoffe ich, dass Sie meiner Aussage zustimmen, dass das mit Inflation nichts zu tun hat.

Wir geben mehr Geld, damit die Kindertagesstätten und die Träger in freier Verantwortung mehr Personal beschäftigen können und sie ihr Personal nicht mehr hoch- und runterstufen müssen. Gerade weil wir das wollen, sie die Mittel haben und wir den Jahresmittelwert haben, haben wir einen durchschnittlichen Anstellungsschlüssel von 1 : 9,15 in ganz Bayern. Damit liegen wir in Deutschland auch nicht ganz hinten, sondern im vorderen Mittelfeld, wenn wir alle Bundesländer in Deutschland zusammennehmen. Wir brauchen uns in diesem Bereich deshalb auch nichts vorwerfen zu lassen.

Wir danken explizit allen Erzieherinnen und Erzieher und allen Kinderpflegerinnen und Kinderpflegern für die tolle Arbeit, die geleistet wird. Wir danken den Trägern, die das oft ehrenamtlich machen, und wir danken den Kommunen. Wir sind der Überzeugung, dass sie ihrer Verantwortung bei dieser kommunalen Pflichtaufgabe in überwiegenderem Maße gerecht werden.

Noch einmal: Die Absenkung des empfohlenen Anstellungsschlüssels bringt überhaupt nichts. Das ist ein reiner Anhaltspunkt, ein reiner Richtwert.

Ein Satz oder drei Sätze noch in aller Kürze zum Antrag der GRÜNEN: Erstens. Den förderrelevanten Anstellungsschlüssel auf 1 : 10 zu senken, ist überhaupt nicht möglich. Warum? – Wir haben das Personal nicht einmal ansatzweise. Bei mir im ländlichen Raum haben wir es. Ich habe meine Zweifel, ob wir es in München, in Nürnberg oder in den Ballungsgebieten haben. Das würde dazu führen, dass Öffnungszeiten reduziert würden, weil die Einrichtungen das Personal nicht haben und sie das Personal deshalb konzentrierter einsetzen müssten.

Das Nächste ist – auch da, Frau Kamm, sage ich einmal, ist ein Systemfehler drin –: Sie sagen unter dem zweiten Punkt, Sie würden den Mindestanstellungsschlüssel in der Krippe auf 1 : 5 und 1 : 4 senken wollen. Beim dritten Punkt würden Sie den Gewichtungsfaktor von 2 auf 3 erhöhen. Das ist unstimmig. Das passt nicht. Warum? – Der Anstellungsschlüssel in der Krippe errechnet sich aus dem Teilen des normalen Anstellungsschlüssels. Wenn ich einen Gewichtungsfaktor von 2 habe, ist der Anstellungsschlüssel 1 : 5,5 und 1 : 5; wenn ich ihn mit einem Gewichtungsfaktor durch 3 teile, habe ich 1 : 3,33 und 1 : 2,66. Also, das ist inhaltlich einfach – ich drücke es vorsichtig aus – extrem unstimmig.

Das Nächste sind die Freistellungsmöglichkeiten für Leitungsaufgaben. Ich halte das für einen durchaus nachvollziehbaren Ansatz. Man wird ein Modell finden müssen, das allen gerecht wird. Warum? – Wenn ich heute eine Einrichtung habe, eine ein-gruppige Kindertagesstätte mit 18 Kindern, wie will ich da noch jemanden halbtags

oder für soundsoviele Stunden freistellen? Das heißt, hier ist es schwierig, einen Modus zu finden, der allen Einrichtungen in der unterschiedlichen Struktur gerecht wird, aber der Ansatz ist durchaus verfolgenswert.

Verfügungszeiten: Auch das ist extrem schwierig. Warum? – Der Anstellungsschlüssel ist immer nur eine Richtgröße. Es ist nie so, dass immer maximal eine Erzieherin bei elf Kindern sein darf. Es gibt Urlaub. Es kann auch sein, dass ein Kind einmal in Urlaub ist. Das ist im Anstellungsschlüssel eingerechnet. Es gab einmal einen Antrag, den Schlüssel um 20 % zu erhöhen. Wenn wir ihn um 20 % erhöhen, brauchen wir auch 20 % mehr Personal. Das ist vollkommen klar. Woher sollen wir das Personal nehmen? Vorhin hat der Kollege Arnold gesagt, die fallen nicht vom Himmel. So ist es auch bei den Erzieherinnen und Erziehern. Deshalb muss unser Hauptauftrag sein, mehr Menschen in diesen Beruf zu bringen. Daher sollten wir den Beruf nicht schlechtreden. Ich weiß nicht, ob Sie dem Fachkräftemangel wirklich abhelfen, wenn Sie die Situation an den bayerischen Kindertagesstätten schlechtreden und jemand, der sich nach der Schule für einen Beruf entscheidet, liest, dass es prekäre Beschäftigungsverhältnisse in bayerischen Kindertagesstätten gibt.

Ich sage: Wir müssen die schönen Seiten des Berufes herauskehren. Wir haben noch nie mehr Personal in den Kindertagesstätten gehabt.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende. Sie bekommen noch zwei Minuten aufgrund von Zwischenbemerkungen.

Steffen Vogel (CSU): Wir haben noch nie eine bessere Relation zwischen den Kindern und den Erzieherinnen gehabt. Das wollen wir weiter aufbauen. Das geht aber nur Schritt für Schritt.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte bleiben Sie noch einen Moment am Rednerpult. – Bevor ich der Kollegin Rauscher das Mikrofon für eine Zwischenbemerkung freischalte, möchte ich Ihnen bekannt geben, dass die CSU-Fraktion

für den Antrag der SPD-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt hat. – Kollegin Rauscher.

Doris Rauscher (SPD): Herr Kollege, bei jedem Ihrer Redebeiträge kommen Sie mit dem Argument, wir würden das Berufsfeld schlechtreden. Wir reden es nicht schlecht. Sie verkennen die Realität.

(Beifall bei der SPD)

Gehen Sie doch einmal zu den streikenden Erziehern. Offensichtlich bekommen Sie oder Ihre Kolleginnen und Kollegen niemals Anrufe oder E-Mails von betroffenen Erziehern. Ich bekomme sie schon. Vielleicht wissen sie, dass sie bei Ihnen gegen die Wand laufen. Bei uns laufen sie nicht gegen die Wand, weil wir den Bedarf in der Praxis kennen.

Wenn sich eine Erzieherin meldet und davon berichtet, dass sie in den letzten zwei Jahren mehrfach Änderungsarbeitsverträge bekommen hat, weil ihr Träger den Stundenschwankungen ausgesetzt war, dann erzählt sie uns doch nicht die Geschichte vom toten Hund, sondern dann berichtet sie einfach aus ihrer beruflichen Praxis. Sie verteidigen hier nur Ihre Linie, obwohl die damalige Ministerin bei der Einführung des BayKiBiG 2005 schon gesagt hat, dass nachgebessert werden muss. – Herr Dunkl, Sie müssten es wissen. Ich grüße Sie herzlich; schön, dass Sie da sind und die Debatte mitverfolgen. – Damals wurde schon gesagt, dass die Gewichtungsfaktoren angehoben werden müssen. Sie wurden nicht angehoben. Der Basiswert – erinnern Sie sich an die Debatte vor ein paar Wochen hier im Hohen Haus – wurde aktuell pro Jahr und Kind um knappe drei Euro angehoben. Wenn Sie schon der Meinung sind, dass der Basiswert die Stellschraube ist, um letztendlich eine Verbesserung zu erzielen, dann erhöhen Sie ihn doch wenigstens so, dass die steigenden Gehälter bezahlt werden können. Sie lehnen permanent alles ab.

Ich möchte noch kurz aus einem Schreiben des Ministeriums zitieren, um die Ernsthaftigkeit der Debatte hervorzuheben. Darin wird formuliert, sehr bedenklich sei auch die hohe Zahl an Teilzeitverträgen und befristeten Arbeitsverträgen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte kommen Sie zum Schluss.

Doris Rauscher (SPD): Dann wird auch noch ausgeführt, das Kostenargument sei nicht immer überzeugend, dennoch verschließe sich der Freistaat Bayern nicht Überlegungen, den Akteuren vor Ort noch mehr unter die Arme zu greifen. – Dann tun Sie es doch auch in Ihrer Verantwortung als Abgeordnete, wenn schon das Ministerium solche Vorschläge nicht ablehnt.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte, Herr Vogel.

Steffen Vogel (CSU): Frau Rauscher, ich tue mir schwer damit. Ich sagte vorhin, der Basiswert war bei 767 Euro. Jetzt liegt er bei 1.200 Euro. Die Steigerung beträgt 56 %. Sie sagen, da sei nichts passiert. Wir reden von einem Anstellungsschlüssel, der bei 1 : 12,5 gelegen hat. Jetzt liegt er bei 1 : 11. In der Realität liegt er im Schnitt bei 1 : 9,12. Sie sollten bei der Wahrheit bleiben.

Sie haben gesagt, ich sei nicht draußen. Ich bin selbst Träger einer Kindertagesstätte und habe ganz andere Erfahrungen gemacht. Bei mir fallen Leute aus. Wenn ich dann andere frage, ob sie nicht Vollzeit arbeiten könnten, sagen sie mir: Ich habe daheim genug zu tun, ich habe kein Interesse an Vollzeit, ich will Teilzeit. Händeringend bitten wir unsere Erzieherinnen und Erzieher oder Kinderpflegerinnen, in Vollzeit zu arbeiten. Wenn eine Mitarbeiterin schwanger wird, bekommt sie sofort ein Berufsverbot. Das heißt, mir fällt eine Erzieherin oder Kinderpflegerin sofort aus. Darauf muss ich sofort reagieren. Dann ist der erste Schritt die Frage, ob ein anderer mit einem Teilzeitjob nicht vorübergehend aufstocken könnte. Die sagen dann: Nein, mit mir nicht. – Das

heißt, ich erlebe es genau umgekehrt; die Teilzeitbeschäftigten wollen nicht Vollzeit arbeiten.

In Zeiten des Fachkräftemangels – daher sehen Sie die Realität nicht –, in denen überall Leute gebraucht werden und jemand Vollzeit arbeiten will, bekommt er ohne Probleme einen anderen Job, weil so viele Einrichtungen dringend Personal brauchen. Deshalb verkennen Sie die Situation, wenn Sie sie so schildern. Sie haben gerade wieder eine Schüssel genommen, alles hineingeschüttet und gequirt.

Sie argumentieren, der empfohlene Anstellungsschlüssel würde die Teilzeitquote und die Quote der Befristungen minimieren. Da gibt es überhaupt keinen Zusammenhang. Ich weiß gar nicht, wie man darauf kommen kann. Der empfohlene Anstellungsschlüssel hat keinerlei Auswirkungen auf die Finanzierung einer Kindertagesstätte, und deshalb ist Ihr Antrag Quatsch und inhaltlich falsch. Daran kann man nichts ändern.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Jetzt kommt die nächste Zwischenbemerkung der Kollegin Kamm. Bitte halten Sie sich an die Redezeit.

Steffen Vogel (CSU): Weisen Sie mir nach, welche Auswirkungen der empfohlene Anstellungsschlüssel hat, und dann nehme ich alles zurück. Es wird Ihnen nicht gelingen. Ich habe versucht, es zu erläutern.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Vogel, Frau Kamm kommt jetzt dran.

Steffen Vogel (CSU): Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nein, Sie haben noch weitere zwei Minuten. Frau Kamm hat auch noch eine Zwischenbemerkung.

(Zuruf von der SPD: Das ist doch Wahnsinn!)

Steffen Vogel (CSU): – Das stimmt doch nicht.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte keine Dialoge. – Frau Kamm, Sie haben das Wort.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Vogel, Sie haben so gesprochen, als wäre alles bestens, weil wir im bundesweiten Durchschnitt lägen. Ich weiß nicht, ob das tatsächlich stimmt, aber ich wäre damit noch nicht zufrieden. Wir wollen die Situation hier doch verbessern.

Ich habe mit vielen Trägern von Einrichtungen gesprochen. Viele Träger bieten Teilzeitarbeitsverhältnisse an, um dann die Möglichkeit zu haben, schnell aufzustocken, wenn jemand schwanger wird. Das ist aber keine Personalplanung, wie sie in anderen Unternehmen oder Branchen üblich ist. Normalerweise entscheiden sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für Vollzeit oder eben für Teilzeit. Selten entscheiden sich welche für Teilzeit, damit sie dann, wenn beim Träger Not am Mann ist, schnell einspringen und aufstocken.

Mir haben viele junge Frauen gesagt, dass sie erst einmal Vollzeit arbeiten wollen, weil sie noch jung sind und keine Kinder haben. Später, wenn sie Kinder haben, wollen sie vielleicht Teilzeit arbeiten. Diese jungen Frauen haben aber keinen Vollzeit Arbeitsplatz angeboten bekommen. Sie wollen in der Regel auch am Heimatort arbeiten. Die Risiken der Träger werden auf die Beschäftigten abgewälzt. Das ist Fakt. Wenn wir das reduzieren können, erhöhen wir auch die Attraktivität des Erzieherberufes. Viele entscheiden sich aus diesen Gründen nicht für den Erzieherberuf, obwohl sie die Arbeit gerne machen würden. An dem Punkt müssen wir ansetzen. Wir müssen die Arbeitsbedingungen verbessern. Wir können nicht immer nur nein sagen, sondern wir müssen jetzt etwas tun.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte, Herr Vogel.

Steffen Vogel (CSU): Vielen Dank, Frau Kamm. Ich hoffe, dass sie mich nicht falsch verstanden haben. Ich weiß es selbst. Es gibt das Phänomen, dass aufgrund wechselnder Buchungsanfragen auch die Arbeitsverträge geändert werden. Ich bin selbst

Träger. Was haben wir gemacht? – Wir haben gesagt, jeder muss am Anfang des Jahres seine Buchungszeiten fest buchen. Wir haben zum Beispiel untersagt, dass man jeden Monat umbuchen kann – man kann nur umbuchen, wenn ein triftiger, nachvollziehbarer Grund vorliegt –, um den Aufwand zu reduzieren. Die Träger sollten die Belange ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehen und nicht jedem Wunsch der Eltern sofort nachgeben. In einem Ballungsgebiet muss man froh sein, wenn man überhaupt einen Kindertagesstättenplatz bekommt. Dann kann man auch nicht sagen: Heute will ich es so und in vier Wochen anders. – Ich halte es für absolut richtig, wenn Sie sagen, dass das ein Problem ist.

Gerade deshalb haben wir den Jahresmittelwert eingeführt. Es war unser Ziel, mehr Geld ins System zu bekommen. Wenn ich mehr Geld im System habe, hat die Kindertagesstätte einen höheren finanziellen Spielraum und ist dann nicht gezwungen, sofort rauf oder runter zu buchen. Das ist auch eine Frage der Defizitverträge, davon bin ich überzeugt. Wir dürfen nicht außer Acht lassen, dass die Kinderbetreuung eine kommunale Pflichtaufgabe ist. Eigentlich ist die Kinderbetreuung eine Aufgabe der Kommunen, die der Freistaat Bayern unterstützt, wenn bestimmte Qualitätsanforderungen erfüllt sind. Wenn heute eine Kommune gutes und engagiertes Personal halten will, kann ich dem Bürgermeister nur raten, die Kindertagesstätte finanziell so abzusichern, dass sie nicht gezwungen ist, jede Buchungsveränderung vorzunehmen.

Ich glaube auch – das habe ich vorhin gesagt – dass es vor allem bei kleineren Einrichtungen im ländlichen Bereich ein Problem ist. Eine Tagesstätte im Ballungsraum München läuft von Haus aus unter Volllast, weil einfach ein großer Bedarf vorhanden ist. Das heißt, dort gibt es immer genug Arbeit. Im ländlichen Bereich, mit ein- oder zweigruppigen Kindergärten, gibt es Anfang September noch nicht so viele Buchungen, weil viele sagen, ich bringe mein Kind erst im Januar oder im Februar. Da muss ich vorstrecken.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte kommen Sie zum Ende.

Steffen Vogel (CSU): Deshalb bin ich auch Ihrer Überzeugung, dass diese wechselnden Buchungszeiten der große Schwachpunkt sind. Das lösen wir aber nicht mit der Anhebung des empfohlenen Anstellungsschlüssels. Dieses Instrumentarium ist vollkommen ungeeignet.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Dr. Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herzlichen Dank für die beiden Anträge! So können wir über das Thema noch einmal intensiv diskutieren. Das ist richtig und wichtig.

Ja, es stimmt, starre Vorgaben hinsichtlich der Personalplanung in Kindertagesstätten führen, wie die Antragssteller richtig darlegen, zu prekären Beschäftigungsverhältnissen. Ja, es stimmt, dass der Großteil der jungen Menschen sich derzeit Gedanken über eine mögliche Anstellung macht und auch Gedanken über die Bezahlung und die Arbeitszeiten. Das ist ein wichtiger Punkt. Es stimmt natürlich auch, dass die Ausbildung größtenteils unentgeltlich ist, weil sie schulischer Art ist. Aber nach der Ausbildung wartet eine wenig befriedigende Aussicht auf Teilzeitbeschäftigung auf die Erzieher. Auch wir FREIEN WÄHLER sagen, das kann nicht im Interesse des Freistaats sein. Ja, es stimmt, mehr Planungssicherheit und bessere Arbeitsbedingungen werten den Erzieherberuf auf und machen es den jungen Leuten schmackhafter, sich für diese Ausbildung zu entscheiden. Unser allergrößter Respekt gebührt den jungen Menschen, die sich heute noch für eine solche Ausbildung entscheiden.

Die Idee, den empfohlenen Anstellungsschlüssel anzuheben, ist grundsätzlich zu unterstützen. Aber wir FREIEN WÄHLER geben zu bedenken, dass wir Gefahr laufen, die kommunale Ebene über Gebühr zu belasten, weil diese mehr Geld für das Personal ausgeben soll.

Ich darf in diesem Zusammenhang auf ein anderes Konzept der FREIEN WÄHLER hinweisen, nämlich eine Sockelfinanzierung durch den Freistaat, die wir schon öfters gefordert haben. Das könnte eine zusätzliche Verbesserung für die bayerischen Kitas und ihre Beschäftigten bringen. Durch eine Sockelfinanzierung könnten die Kitas in die Lage versetzt werden, den Verwaltungsaufwand, die Randzeitenbetreuung und die individuelle Familienbetreuung angemessen zu berücksichtigen. Das würde insbesondere kleinen Einrichtungen zugutekommen. Das halten wir FREIEN WÄHLER für ganz besonders wichtig.

Die Zielrichtung der SPD und der GRÜNEN ist richtig, aber für uns ist die Finanzierung noch fraglich, insbesondere wenn es augenscheinlich um die Finanzierung durch die kommunale Ebene geht, die Finanzierungen, die auf die Kommunen abgewälzt werden. Deswegen können wir den Anträgen nicht zustimmen, sondern werden uns enthalten. Der Ansatz ist richtig, aber wir müssen ein Konzept finden, das die Kommunen entlastet und nicht zusätzlich belastet. Wir müssen natürlich auch für eine attraktivere Gestaltung des Erzieherberufs sorgen. Das ist auch in unserem Sinn. Wir FREIEN WÄHLER gehen das Konzept der besseren Sockelfinanzierung an.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Redezeiten sind jetzt zu Ende. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Wartezeit für die namentliche Abstimmung ist noch nicht erfüllt. Auch die einfache Abstimmung ist jetzt noch nicht möglich. Wir müssen diesen Punkt also zunächst einmal zurückstellen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/21544, 17/21545, 17/21547, 17/21548, 17/21561 und 17/21562 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

(...)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich komme zurück zu dem vorhergehenden Tagesordnungspunkt. Zunächst einmal werde ich in einfacher Form über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/21560 – das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – abstimmen lassen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Die FREIEN WÄHLER und Herr Kollege Felbinger (fraktionslos). Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Jetzt komme ich zurück zu dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion – das ist die Drucksache 17/21543 –, über den auf Antrag der CSU-Fraktion namentliche Abstimmung stattfindet. Fünf Minuten! Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 21.14 bis 21.19 Uhr)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Abstimmungszeit von fünf Minuten ist vorbei. Wir zählen außerhalb des Sitzungssaals aus. Ich darf Sie bitten, wieder Platz zu nehmen, damit wir in der Tagesordnung weiterfahren können.

Präsidentin Barbara Stamm: Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, darf ich Ihnen noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Prekäre Beschäftigung in bayerischen Kitas beenden", Drucksache 17/21543, bekannt geben: Mit Ja haben 46 gestimmt, mit Nein haben 72 gestimmt, Stimmenthaltungen gab es 11. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.04.2018 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth u. a. und Fraktion SPD; Prekäre Beschäftigung in bayerischen Kitas beenden - mehr Sicherheit für die Beschäftigten schaffen! (Drucksache 17/21543)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gibis Max		X	
Aigner Ilse				Glauber Thorsten			
Aiwanger Hubert			X	Dr. Goppel Thomas		X	
Arnold Horst	X			Gote Ulrike	X		
Aures Inge	X			Gottstein Eva			X
				Güll Martin	X		
Bachhuber Martin		X		Güller Harald	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter				Guttenberger Petra		X	
Bauer Volker		X					
Baumgärtner Jürgen		X		Haderthauer Christine			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Häusler Johann			X
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar			
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim			X
Biedefeld Susann				Hartmann Ludwig			
Blume Markus				Heckner Ingrid		X	
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert				Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim		X	
Brunner Helmut		X		Dr. Herz Leopold			X
				Hiersemann Alexandra			
Celina Kerstin				Hintersberger Johannes		X	
				Hözl Florian			
Deckwerth Ilona				Hofmann Michael		X	
Dettenhöfer Petra				Holetschek Klaus		X	
Dorow Alex				Dr. Hopp Gerhard			
Dünkel Norbert		X		Huber Erwin			
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel			
				Dr. Huber Martin		X	
Eck Gerhard		X		Huber Thomas		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eisenreich Georg				Huml Melanie		X	
Fackler Wolfgang		X		Imhof Hermann			
Dr. Fahn Hans Jürgen			X				
Fehlner Martina	X			Jörg Oliver		X	
Felbinger Günther	X						
Flierl Alexander		X		Kamm Christine	X		
Freller Karl		X		Kaniber Michaela		X	
Füracker Albert				Karl Annette	X		
				Kirchner Sandro		X	
Ganserer Markus	X			Knoblauch Günther	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			König Alexander		X	
Gehring Thomas	X			Kohnen Natascha	X		
Gerlach Judith		X		Kränzle Bernd			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas			
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter			X
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara			
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg			
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	46	72	11